

WIRTSCHAFTSBETRIEBE DER STADT NORDEN GMBH, NORDEN**BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2018****AKTIVA**

	31.12.2018 €	31.12.2017 €
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	444.758,51	<u>423.039,98</u>
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.872.537,30	11.455.321,04
2. Technische Anlagen und Maschinen	21.612.026,12	21.379.517,84
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.236.067,49	1.231.891,35
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>957.427,32</u>	<u>854.854,26</u>
	34.678.058,23	<u>34.921.584,49</u>
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	8.436,77	31.036,77
2. Genossenschaftsanteile	640,00	640,00
3. Sonstige Ausleihungen	<u>225.873,57</u>	<u>235.212,75</u>
	234.950,34	<u>266.889,52</u>
	<u>35.357.767,08</u>	<u>35.611.513,99</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	551.856,26	410.369,55
2. Unfertige Leistungen	<u>2.646,00</u>	<u>2.038,48</u>
	554.502,26	<u>412.408,03</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.582.014,56	2.556.334,36
2. Forderungen gegen Gesellschafter	220.790,91	145.855,47
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.393.366,24</u>	<u>1.413.371,65</u>
	4.196.171,71	<u>4.115.561,48</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	<u>7.193.695,18</u>	<u>7.485.265,42</u>
	11.944.369,15	<u>12.013.234,93</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	113.198,27	138.884,45
	<u>47.415.334,50</u>	<u>47.763.633,37</u>

PASSIVA

	31.12.2018 €	31.12.2017 €
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	11.800.000,00	11.800.000,00
II. Kapitalrücklage	3.037.859,25	3.437.859,25
III. Gewinnrücklagen	558.154,47	558.154,47
IV. Verlustvortrag	-60.550,88	-1.110.761,29
V. Jahresüberschuss	<u>1.569.728,25</u>	<u>1.050.210,41</u>
	16.905.191,09	<u>15.735.462,84</u>
B. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	153.631,00	<u>261.711,84</u>
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	0,00	3.220.076,66
2. Sonstige Rückstellungen	<u>1.608.293,17</u>	<u>1.540.092,70</u>
	1.608.293,17	<u>4.760.169,36</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	18.072.822,48	19.725.889,37
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	213.178,01	198.690,45
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.282.332,44	2.734.569,47
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.891.942,87	516.258,43
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5.196.166,44	3.736.841,61
- Steuerverbindlichkeiten: € 1.867.909,56 (Vorjahr: € 302.084,81)		
	28.656.442,24	<u>26.912.249,33</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>91.777,00</u>	<u>94.040,00</u>
	<u>47.415.334,50</u>	<u>47.763.633,37</u>

WIRTSCHAFTSBETRIEBE DER STADT NORDEN GMBH, NORDEN
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2018

	2018 €	2017 €
1. Umsatzerlöse	35.611.873,97	36.332.415,96
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	224.881,67	206.537,90
3. Sonstige betriebliche Erträge	655.675,01	351.308,28
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-15.897.848,84	-17.013.135,92
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.188.526,02</u>	<u>-2.180.279,53</u>
	-18.086.374,86	-19.193.415,45
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-5.678.463,64	-5.399.618,95
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.456.365,20	-1.429.207,45
- davon für Altersversorgung: € 371.708,96 (Vorjahr: € 363.997,69)		
	<u>-7.134.828,84</u>	<u>-6.828.826,40</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-3.395.552,20	-3.430.744,08
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.737.523,81	-4.131.333,77
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.766,60	156.813,94
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: € 932,46 (Vorjahr: € 1.679,04)		
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-22.600,00	-2.350,00
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-803.636,77	-883.884,52
- davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: € 11.934,29 (Vorjahr: € 12.942,47)		
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-677.495,64</u>	<u>-1.444.097,31</u>
12. Ergebnis nach Steuern	1.647.185,13	1.132.424,55
13. Sonstige Steuern	<u>-77.456,88</u>	<u>-82.214,14</u>
14. Jahresüberschuss	<u><u>1.569.728,25</u></u>	<u><u>1.050.210,41</u></u>

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Anhang für das Geschäftsjahr 2018

I. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Norden und wird beim Amtsgericht Aurich unter HRB 100756 geführt.

II. Angaben zur Form und Darstellung des Abschlusses

Der Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH ist nach den maßgeblichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Anhang folgt in seiner Darstellung den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

III. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen werden zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Berücksichtigung von Fertigungs- und Materialgemeinkostenzuschlägen bewertet. Gegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Das Sachanlagevermögen der Versorgungsbereiche wird linear und degressiv, die betriebstypischen Anlagen der Bäder werden linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen werden bei Gebäuden linear über die Nutzungsdauer von 50 Jahren vorgenommen. Dies gilt auch für Gebäude, die derzeit nur eingeschränkt betrieblich genutzt werden und für die teilweise neue Nutzungskonzepte erarbeitet werden. Auch ein Verkauf ist dabei nicht ausgeschlossen.

Die Nutzungsdauer bei technischen Anlagen und Maschinen beträgt zwischen 10 und 35 Jahren, bei anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung 4 bis 20 Jahre.

Das Meerwasser-Hallenwellenbad „Ocean Wave“ wird über einen Zeitraum von 33 Jahren abgeschrieben. Die technische Einrichtung unterliegt Nutzungsdauern zwischen 7 und 25 Jahren.

Angeschaffte geringwertige Anlagegüter bis zu einem Wert von 800 € werden im Anschaffungsjahr abgeschrieben. Wirtschaftsgüter mit höheren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten werden planmäßig linear über die übliche Nutzungszeit abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten oder mit dem zum Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind mit den fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten oder zu niedrigeren Marktpreisen unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips bewertet. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten unter Einbeziehung von Lohn- und Materialgemeinkosten bilanziert.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit den Nennwerten unter Berücksichtigung erkennbarer Ausfallrisiken angesetzt.

Die empfangenen Ertragszuschüsse werden seit 2003 passivisch vom dazugehörigen Anlagegut abgesetzt und über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Bis zum Jahr 2002 wurden die von den Anschlussnehmern erhobenen Baukostenzuschüsse in den Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse eingestellt. Der Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse wird jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge aufgelöst. Im Jahr 2018 wurden 108 T€ aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Die Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

Latente Steuern ergeben sich grundsätzlich aus sich in den Folgejahren wieder ausgleichenden Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen, sofern sich daraus zukünftige Steuerbe- oder -entlastungen ergeben. Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit dem Steuersatz, der zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Umkehrung der Differenzen anzuwenden ist. Dabei handelt es sich um den kombinierten Steuersatz aus der Körperschaftsteuer in Höhe von 15 %, Solidaritätszuschlag auf die Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % sowie Gewerbesteuer von 13 % (Hebesatz von 380 %). Ansatz- und Bewertungsunterschiede zwischen der Handels- und der Steuerbilanz ergeben sich bei den sonstigen Rückstellungen. Zudem bestehen steuerliche Verlustvorträge. Vom Wahlrecht zur Aktivierung des aktivischen Überhangs der latenten Steuern wird kein Gebrauch gemacht.

IV. Angaben zu Posten der Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im anliegenden Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um die EDV-Software sowie um ein Wassergewinnungsrecht in der Samtgemeinde Hage.

Unter den Finanzanlagen werden Beteiligungen sowie Darlehen an Mitarbeiter ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Ablesung der Verbrauchswerte erfolgte zum Jahresende in der Zeit 11/2018 - 12/2018 mit einer anschließenden Hochrechnung auf das Jahresultimo. Die sonstigen Vermögensgegenstände umfassen größtenteils Forderungen an das Hauptzollamt (364 T€; VJ 263 T€), Forderungen an das Finanzamt (347 T€; VJ 343 T€) sowie Forderungen aus der Abrechnung von Umlagen des Energiebezuges (344 T€; VJ 244 T€).

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen mit einer Laufzeit von größer einem Jahr sind abzuzinsen. Auf- und Abzinsungseffekte werden im Zinsergebnis dargestellt.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen:

	2018	2017
Urlaubsverpflichtungen	183T€	159 T€
Leistungsorientierte Bezahlung	128 T€	84 T€
Rückbau Windenergieanlagen	267 T€	195 T€
Jahresabschluss, Prüfung und Beratung	92 T€	107 T€
Künftige Betriebsprüfungen	117 T€	112 T€
Sanierung Holzammelplatz Marschweg	462 T€	462 T€
Zinsen auf Steuernachforderungen	0 T€	147 T€
Tantieme Belegschaft	253 T€	177 T€
Archivierung	46 T€	44 T€
Beiträge Berufsgenossenschaft	33 T€	33 T€
Tourismusbeitrag	19 T€	16 T€

Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr von 1.509 T€ (VJ 1.654 T€) und Verbindlichkeiten mit 1 - 5 Jahren Restlaufzeit in Höhe von 5.764 T€ (VJ 5.808 T€) enthalten. Ein Betrag von 10.799 T€ (VJ 12.265 T€) hat eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen im Wesentlichen Forderungen der Stadt Norden aus Überzahlungen aus endabgerechneten Verbräuchen sowie Forderungen aus Gewerbesteuer.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind kommunalverbürgt. Hierfür wird ein marktüblicher Avalzins an den Avalgeber gezahlt.

Die Restlaufzeiten der übrigen Verbindlichkeiten betragen wie im Vorjahr unter einem Jahr.

V. Angaben zu Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Versorgung betreffen für die Gas- und Stromversorgung im Wesentlichen das Kerngebiet der Stadt Norden und den Stadtteil Norddeich, für die Wasserversorgung das Kerngebiet der Stadt Norden und der Samtgemeinde Hage sowie für die Wärmeversorgung Wärmenetze in Norden und Norddeich. Hinzu kommen Stromlieferungen in diversen fremden Elektrizitätsverteilungsnetzen, im Wesentlichen im EWE Netzgebiet.

Die Umsatzerlöse im Geschäftsbereich Bäder werden im Wesentlichen durch das Freizeit- und Erlebnisbad Ocean Wave erzielt.

<u>Umsatzerlöse</u>	<u>2018</u>	<u>2017</u>
Stromversorgung	15.205 T€	16.826 T€
Gasversorgung	8.667 T€	8.464 T€
Wärmeversorgung	1.925 T€	1.908 T€
Wasserversorgung	2.484 T€	2.194 T€
Kurbeitragskasse	3.544 T€	3.177 T€
Bäder- und Nebenbetriebe	2.310 T€	2.355 T€
Tourist-Information und Services	202 T€	202 T€
Strand- und Kuranlagen	566 T€	517 T€
Marketing	152 T€	156 T€

Sonstige betriebliche Erträge

Enthalten sind u. a. Erträge aus Anlageverkäufen (21 T€, VJ 50 T€) und Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (9 T€; VJ 234 T€). Die Anlagenverkäufe erfolgen grundsätzlich auf Basis marktadäquater Schätzpreise.

Personalaufwand

Die Aufwendungen für Altersversorgung beliefen sich im Berichtsjahr auf 372 T€ (VJ 364 T€). Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH ist Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL), Karlsruhe. Zweck der Anstalt ist es, den Arbeitnehmern im Wege einer privatrechtlichen Versicherung eine zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung zu gewähren. Bis zum 30.06.2018 betrug der Umlagesatz der VBL, bei dem alle Mitarbeiter versichert sind, einschließlich 1,61 % Arbeitnehmeranteil 8,06 % der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Seit dem 01.07.2018 beträgt der Umlagesatz der VBL, bei dem alle Mitarbeiter versichert sind, einschließlich 1,71 % Arbeitnehmeranteil 8,16 % der Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Die Summe der umlagepflichtigen Vergütungen für das Berichtsjahr betrug 5.447 T€ (VJ 5.333 T€). Da die Finanzierung der Versorgungsleistungen der VBL im sog. Umlageverfahren (Abschnittdeckungsverfahren) erfolgt, bestehen Unterdeckungen für künftige Versorgungslasten. Die Höhe der Unterdeckung kann unternehmensindividuell nicht ermittelt werden. Diese Versorgungslasten sind als mittelbare Pensionsverpflichtungen anzusehen. Deshalb ist ein Ansatz in der Bilanz unterblieben (Art. 28 Abs. 1 EGHGB).

<u>Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten</u>	2018	2017
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	130	130

Wesentlicher sonstiger betrieblicher Aufwand

	2018	2017
Konzessionsabgabe	1.177 T€	1.115 T€
Werbekosten	427 T€	415 T€
Mieten, Pachten und Leasing	687 T€	401 T€
EDV-Kosten	627 T€	617 T€
Gebühren und Beiträge	306 T€	291 T€
Versicherungen	156 T€	151 T€
Prüfungs- und Beratungskosten	325 T€	207 T€
Übrige Dienstleistungen	314 T€	255 T€

Periodenfremde Aufwendungen

Die sonstigen Aufwendungen enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 142 T€ (VJ 141 T€); Verluste aus Anlageabgängen (97 T€; VJ 39 T€) und Abschreibungen auf Forderungen (44 T€; VJ 102 T€).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen:

In den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind Zinsaufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 12 T€ (VJ 13 T€) enthalten.

VI. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen Abnahmeverpflichtungen gegenüber dem Strom- und Gaslieferanten auf Basis abgeschlossener Strom- und Gaslieferverträge im branchenüblichen Umfang.

Die Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverhältnissen betreffen im Wesentlichen den Fuhrpark sowie betrieblich genutzte Grundstücke und betragen für die Jahre 2019 – 2022 1.679 T€. Ein nennenswertes Bestellobligo liegt nicht vor.

VII. Angaben gemäß Energiewirtschaftsgesetz (§ 6b Abs. 3 EnWG)

Der buchhalterischen Entflechtung der Tätigkeitsbereiche in der internen Rechnungslegung ist nach § 6b Abs. 3 EnWG unter Einbeziehung getrennter Konten Rechnung getragen worden.

Aus der internen Betriebsabrechnung heraus wurden die einzelnen Positionen den Haupt- und Nebenkostenstellen zugewiesen. Konnten einzelne Kosten oder Erträge nicht direkt diesen Kostenstellen zugewiesen werden, so wurden diese zunächst separaten Hilfskostenstellen zugeordnet. Unter Verwendung verursachungsgerechter Schlüssel erfolgte dann die vollständige Verteilung auf die segmentierten Kostenstellen.

Die Umlage der Hilfskostenstellen erfolgt in zwei Schritten. Zunächst erfolgt die Verteilung der Gemeinkosten auf die Geschäftsfelder anhand des Restbuchwertes des Anlagevermögens auf Basis der Anschaffungs- und Herstellungskosten, eines Personalschlüssels sowie des Umsatzschlüssels. Dann werden die Kosten in die entsprechenden Segmente für Strom und Gas verteilt anhand des Umsatzes, der Anlagenzuordnung und durch Personalkennzahlen.

VIII. Sonstige Angaben

Folgende wesentliche Beteiligungen gem. § 285 Nr. 11 HGB bestanden zum Jahresende:

Name und Sitz	Anteil %	Gezeichnetes Kapital €	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Windenergie Leegland Verwaltungs GmbH, Norden*	34	30.000,00	75.056,32	- 8.829,55

Erläuterung (*): bezieht sich auf Jahresabschluss 2017, da 2018 noch nicht testiert vorliegt.

Geschäftsführer:

Herr Dipl.-Kfm. Armin Korok, Geschäftsführer Tourismus und Bäder
Herr Dipl.-Wirtschaftsjurist Thorsten Schlamann, LL.M., Kaufmännischer Geschäftsführer
Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Völz, Technischer Geschäftsführer

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen insgesamt 395 T€.

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Beigeordneter	Wolfgang Sikken	Aufsichtsratsvorsitzender Direktor des Amtsgerichts a. D.
Ratsfrau	Karin Albers	Vertreterin des Aufsichtsratsvorsitzenden Finanzwirtin i. R.
Arbeitnehmervertreter	Manuel Diekmann	Kfm. Angestellter
Beigeordneter	Rainer Feldmann	Geschäftsführer, Dipl.-Ing.
Beigeordnete	Dorothea van Gerpen	Kommunalbeamtin
Beigeordneter	Volker Glumm	Inhaber einer Nachhilfeschule
Ratsherr	Wolfgang Hinrichs	Industriefacharbeiter
Ratsherr	Hermann Reinders	Hotelier
Bürgermeister	Heiko Schmelzle	Stadt Norden
Ratsherr	Johannes Wallow	Auktionator
Ratsherr	Theo Wimberg	Schulleiter der KGS Hage

Gesamtvergütung an den Aufsichtsrat

Die Vergütungen an den Aufsichtsrat beliefen sich auf 5 T€ (VJ 5T€).

<u>Honorare des Abschlussprüfers</u>	<u>2018</u>
Abschlussprüfungsleistungen	41 T€
Steuerberatungsleistungen	0 T€
Bestätigungsleistungen	3 T€
Sonstige Leistungen	2 T€

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor bzw. sind bereits in dem Zahlenwerk angemessen berücksichtigt.

Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 1.569.728,25 €. Die Geschäftsführung schlägt vor, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Norden, 31. März 2019

gez. Korok

Dipl.-Kfm.
Armin Korok
Geschäftsführer

gez. Schlamann

Dipl.-Wirtschaftsjurist
Thorsten Schlamann, LL.M.
Geschäftsführer

gez. Völz

Dipl.-Ing.
Wolfgang Völz
Geschäftsführer

WIRTSCHAFTSBETRIEBE DER STADT NORDEN GMBH, NORDEN
ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS IM GESCHÄFTSJAHR 2018

	ANSCHAFFUNGS- UND HERSTELLUNGSKOSTEN				ABSCHREIBUNGEN				BUCHWERTE		
	1.1.2018 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Abgänge €	31.12.2018 €	1.1.2018 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2018 €	31.12.2018 €	31.12.2017 €
A. ANLAGEVERMÖGEN											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	2.674.955,55	151.858,37	0,00	0,00	2.826.813,92	2.251.915,57	130.139,84	0,00	2.382.055,41	444.758,51	423.039,98
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	26.714.718,09	64.331,94	45.618,01	0,00	26.824.668,04	15.259.397,05	692.733,69	0,00	15.952.130,74	10.872.537,30	11.455.321,04
2. Technische Anlagen und Maschinen	88.469.257,74	2.147.661,55	321.120,94	1.431.610,23	89.506.430,00	67.089.739,90	2.157.588,09	1.352.924,11	67.894.403,88	21.612.026,12	21.379.517,84
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.001.203,01	431.253,18	6.690,33	253.125,21	8.186.021,31	6.769.311,66	415.090,58	234.448,42	6.949.953,82	1.236.067,49	1.231.891,35
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	854.854,26	476.002,34	-373.429,28	0,00	957.427,32	0,00	0,00	0,00	0,00	957.427,32	854.854,26
	<u>124.040.033,10</u>	<u>3.119.249,01</u>	<u>0,00</u>	<u>1.684.735,44</u>	<u>125.474.546,67</u>	<u>89.118.448,61</u>	<u>3.265.412,36</u>	<u>1.587.372,53</u>	<u>90.796.488,44</u>	<u>34.678.058,23</u>	<u>34.921.584,49</u>
III. Finanzanlagen											
1. Beteiligungen	46.686,77	0,00	0,00	0,00	46.686,77	15.650,00	22.600,00	0,00	38.250,00	8.436,77	31.036,77
2. Genossenschaftsanteile	640,00	0,00	0,00	0,00	640,00	0,00	0,00	0,00	0,00	640,00	640,00
3. Sonstige Ausleihungen	235.212,75	0,00	0,00	9.339,18	225.873,57	0,00	0,00	0,00	0,00	225.873,57	235.212,75
	<u>282.539,52</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>9.339,18</u>	<u>273.200,34</u>	<u>15.650,00</u>	<u>22.600,00</u>	<u>0,00</u>	<u>38.250,00</u>	<u>234.950,34</u>	<u>266.889,52</u>
	<u>126.997.528,17</u>	<u>3.271.107,38</u>	<u>0,00</u>	<u>1.694.074,62</u>	<u>128.574.560,93</u>	<u>91.386.014,18</u>	<u>3.418.152,20</u>	<u>1.587.372,53</u>	<u>93.216.793,85</u>	<u>35.357.767,08</u>	<u>35.611.513,99</u>

Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

A. Grundlagen des Unternehmens

I. Geschäftsmodell

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH (WBN) ist mit ihrer Marke „Stadtwerke Norden“ das Energieversorgungsunternehmen vor Ort. Die WBN umfasst zudem den Geschäftsbereich Tourismus und Bäder. Zentrale Aufgaben der WBN sind die zuverlässige, preisgünstige und ökologisch ausgerichtete Versorgung der Stadt Norden mit Strom, Gas, Wasser und Wärme und der Unterhalt sowie der Betrieb von Tourismuseinrichtungen und Bädern. In Teilbereichen der Samtgemeinde Hage betreibt die WBN die Wasserversorgung.

Neben den vorgenannten Tätigkeiten ist Gegenstand des Unternehmens:

- die Abwasser- und Klärschlamm Entsorgung
- der Betrieb und die Vermarktung von Telekommunikationsanlagen
- der Erwerb, Verwaltung und Vermarktung von bebauten und unbebauten Grundstücken
- technische und kaufmännische Dienstleistungen

wobei in dem zuerst genannten Gegenstand derzeit keine geschäftlichen Aktivitäten unternommen werden.

Technische und kaufmännische Dienstleistungen werden von der WBN angeboten, soweit sie im Zusammenhang mit den weiteren Geschäftszwecken stehen.

Seitens der Gesellschafterin ist gewünscht, eine möglichst hohe und umfassende Wertschöpfung in der Stadt Norden zu generieren.

Die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH ist eine 100%-ige Tochter der Gebietskörperschaft Stadt Norden. Die WBN hat mit der Stadt Norden Konzessionsverträge für Strom, Gas, Wasser und Fernwärme im Norder Stadtgebiet sowie einen Wasserkonzessionsvertrag mit der Samtgemeinde Hage geschlossen.

Aufgrund des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) hat die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH Aktivitäten-Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Strom- und Gasnetz sowie den Messstellenbetrieb aufgestellt.

II. Ziele und Strategien

Die Strategie der WBN zielt auf eine dauerhafte, auskömmliche Umsetzung des Unternehmenszwecks laut Position I. Hierbei sind generelle Trends und Entwicklungen in den beiden Branchen Energieversorgung und Tourismus zu beachten. Im Jahre 2016 wurde für den touristischen Bereich in Zusammenarbeit mit den örtlichen Leistungsträgern ein umfassendes Tourismuskonzept für die Destination Norden-Norddeich erarbeitet. Aus diesem Konzept ergeben sich zahlreiche strategische Maßnahmen auch für die WBN, die sich bereits in Umsetzung finden.

Für den Bereich Versorgung, Stadtwerke Norden, wurde in der Führungsebene im Berichtsjahr eine neue Unternehmensstrategie erarbeitet, die zurzeit in der Abstimmung mit dem Aufsichtsrat steht.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2018 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen, das Wachstum hat aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP jeweils um 2,2 % gestiegen. Das deutsche Wirtschaftswachstum des Jahres 2018 lag dennoch über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,2 %.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland: Sowohl die privaten Konsumausgaben (+1,0 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+1,1 %) waren höher als im Vorjahr. Die Zuwächse fielen jedoch deutlich niedriger aus als in den letzten drei Jahren.

Die preisbereinigten Bruttoinvestitionen legten insgesamt im Vorjahresvergleich um 4,8 % zu. In Ausrüstungen wurde 4,5 % mehr investiert als im Vorjahr. Die Bauinvestitionen stiegen um 3,0 %; vor allem in den öffentlichen Tiefbau wurde deutlich mehr investiert als ein Jahr zuvor. Die sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehören, lagen um 0,4 % über dem Vorjahresniveau. Darüber hinaus haben sich im Jahr 2018 die Vorratsbestände in der Wirtschaft erhöht, was ebenfalls zum Wachstum beigetragen hat.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts konnten nahezu alle Wirtschaftsbereiche positiv zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2018 beitragen. Erstmals seit fünf Jahren lag dabei die konjunkturelle Dynamik im Produzierenden Gewerbe unter der im Dienstleistungsbereich. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Jahr 2018 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 %.

Überdurchschnittlich stark war der Zuwachs im Bereich Information und Kommunikation mit +3,7 % und im Baugewerbe mit +3,6 %. Im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung mit +2,1 % ebenfalls überdurchschnittlich. Dagegen legte 2018 das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe), das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, mit +1,0 % unterdurchschnittlich zu.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2018 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Nach ersten Berechnungen waren das rund 562 000 Personen mehr als ein Jahr zuvor. Dieser Anstieg von 1,3 % resultiert hauptsächlich aus einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Wie schon in den Vorjahren gleichen eine höhere Erwerbsbeteiligung sowie die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland altersbedingte demografische Effekte aus.

Der Staat erzielte im Jahr 2018 einen Rekordüberschuss in Höhe von 59,2 Milliarden Euro (2017: 34,0 Milliarden Euro). Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendeten das Jahr nach vorläufigen Berechnungen zum fünften Mal in Folge mit einem Überschuss. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2018 eine Überschussquote von 1,7 %.

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2018 auf den niedrigsten Stand seit Anfang der 1970er Jahre gefallen. Mit einer Gesamthöhe von 12.963 Petajoule (PJ) oder 442,3 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE) lag der Verbrauch zudem um 3,5 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Verantwortlich für diese Entwicklung sind, wie die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) in ihrem Jahresbericht 2018 ausführt, die deutlich gestiegenen Energiepreise, die mildere Witterung sowie ein starker Anstieg der Energieproduktivität. Die verbrauchssteigernden Faktoren Wirtschaftsentwicklung und Bevölkerungszuwachs traten dagegen in den Hintergrund. Ohne den verbrauchsmindernden Einfluss der milden Witterung wäre der Energieverbrauch nach Berechnungen der AG Energiebilanzen um 2,4 Prozent gesunken. Zu den Überraschungen der Verbrauchsentwicklung im vergangenen Jahr zählt der sprunghafte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Energieproduktivität um 5,2 Prozent (Temperaturbereinigt: plus 4,0 Prozent). Diese Kenngröße für den effizienten Umgang mit Energie berechnet sich aus dem Energieaufwand je Einheit Wirtschaftsleistung. Der langjährige Durchschnittswert dieser Kenngröße liegt bei etwa 2 Prozent. Die Verbrauchsentwicklung aber auch strukturelle Veränderungen beim Energiemix hatten zur Folge, dass sich die energiebedingten CO₂-Emissionen in Deutschland 2018 um rund 34 Millionen Tonnen (Mio. t) verminderten. Das entspricht einem Rückgang um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch unter Berücksichtigung des Temperatureffekts ist die Minderung mit knapp 4 Prozent beziehungsweise rund 27 Mio. t noch deutlich.

Der Erdgasverbrauch erreichte 2018 eine Höhe von 3.071 PJ (104,8 Mio. t SKE) und lag damit um 1,6 Prozent unter dem Vorjahr. Hauptgrund für diesen Rückgang war der geringere Erdgaseinsatz für Wärmezwecke, da es um rund 7,5 Prozent wärmer war als 2017 und um 12,3 Prozent milder als im langjährigen Durchschnitt. Gegen Jahresende führte der Produktionsrückgang in der chemischen Industrie zu einer rückläufigen Nachfrage nach Erdgas. Zudem wurde 2018 weniger Erdgas zur Stromerzeugung eingesetzt.

Laut Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) liegt die Brutto-Stromerzeugung in Deutschland in 2018 nach derzeitigen Erkenntnissen bei etwa 647 Mrd. kWh (VJ 654 Mrd. kWh). Dazu trugen die Energieträger Braunkohle 22,5 % (22,7 %), Steinkohle 13,4 % (weiter rückläufig, in den Vorjahren 17 %, bzw. 14,2 %), Kernenergie 11,8 % (11,7 %) und Erdgas 12,9 % (13,3 %) bei. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der gesamten Stromerzeugung ist 2018 nach vorläufigen Erkenntnissen im Vergleich zum Vorjahr weiter angestiegen, und zwar von 33,1 % auf 35,0 %. Der Anteil an erneuerbaren Energien im Jahr 2018 basiert im Wesentlichen aus der Windenergie mit 17,3 % (VJ 16,2 %), Energie aus Biomasse mit 7,1 % (VJ 6,9 %) und Photovoltaik ebenfalls mit 7,1 % (VJ 6,1 %).

Energiewirtschaftliche Rahmenbedingungen:

Die Wirtschaftsleistung ist im vergangenen Geschäftsjahr gestiegen. Das gilt auch für die Großhandelspreise für Strom und Gas, die zum Teil erheblich anzogen. Die Witterung war überwiegend milder als 2017, zugleich lag das Windaufkommen deutlich unter dem langjährigen Mittel.

Das wirtschaftliche Wachstum hatte einen positiven Einfluss auf die Stromnachfrage, während der Trend, Energie sparsamer zu nutzen, gegenläufig wirkte. Nach ersten Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) war der deutsche Stromverbrauch 2018 etwa so hoch wie im Vorjahr.

Bei Gas hat sich die Nachfrage etwas stärker verändert. Nach vorläufigen BDEW-Daten verringerte sie sich in Deutschland um 7%. Ursachen für diesen Rückgang waren die warmen Temperaturen, die höhere Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und die gestiegenen Gaspreise.

Während sich bei Industrieunternehmen vor allem die wirtschaftliche Entwicklung auf den Energieverbrauch auswirkt, wird der Energieverbrauch der Haushalte in starkem Maße von den Witterungs-

verhältnissen beeinflusst: Je höher die Außentemperaturen, desto weniger Energie wird zum Heizen benötigt, allerdings steigt der Energiebedarf für Klimatisierung von Betrieben und Gebäuden. Ist es draußen kalt, laufen die Heizungen dagegen auf Hochtouren. 2018 lagen die Durchschnittstemperaturen über dem jeweiligen Zehnjahresmittel.

Neben dem Energieverbrauch unterliegt auch die Stromerzeugung Wettereinflüssen. Eine wichtige Rolle für die WBN spielt das Windaufkommen, von dem die Auslastung unserer Windkraftanlagen maßgeblich abhängt. Im vergangenen Jahr lag es in Deutschland signifikant unter dem langjährigen Mittel, da die Meteorologen geringere mittlere Windgeschwindigkeiten als im langfristigen Durchschnitt verzeichneten.

Am niederländischen Handelspunkt TTF (Title Transfer Facility), dem führenden Gasgroßhandelsplatz in Europa, lag der Spotpreis für Erdgas bei durchschnittlich 23 € je MWh und damit rund 6 € über dem von 2017. Im TTF-Terminhandel wurden Lieferkontrakte für das folgende Kalenderjahr (Forward 2019) mit durchschnittlich rund 21 € je MWh abgerechnet. Zum Vergleich: Für den Forward 2018 waren im Jahr 2017 noch 17 € bezahlt worden. Die Preise für Erdgas werden traditionell von den Ölnotierungen beeinflusst, die insgesamt über dem Niveau von 2017 lagen. Daneben kamen positive Konjunkturreffekte zum Tragen.

Die Preise im Privatkundengeschäft folgen der Entwicklung am Großhandelsmarkt typischerweise mit zeitlicher Verzögerung. Sie waren 2018 teilweise noch durch die niedrigen Preise der vergangenen Jahre geprägt. Nach aktueller Datenlage vergünstigte sich Gas für deutsche Haushalte daher um 2 %.

Die Preise für Industriekunden folgen den Großhandelspreisen in der Regel mit einem geringeren Zeitversatz, daher war hier im Berichtsjahr bereits eine Verteuerung von Gas um 9 % zu verzeichnen.

Der Aufwärtstrend der Stromgroßhandelspreise des Vorjahres hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Preisanstieg im Markt für CO₂-Emissionszertifikate, deren Preis sich im Laufe des Jahres 2018 von 8 € auf 25 € je Tonne verdreifachte. Dadurch erhöhten sich die Erzeugungskosten für Kohle- und Gaskraftwerke, insbesondere für die in Deutschland oft preissetzenden Steinkohlekraftwerke. Das Grundlastprodukt wurde 2018 am deutschen Spotmarkt mit durchschnittlich 44 € je MWh abgerechnet; das sind 10 € mehr als im Vorjahr. Auch im Terminhandel zogen die Preise deutlich an. Der Grundlast-Forward 2019 kostete im vergangenen Jahr durchschnittlich 44 € je MWh. Zum Vergleich: 2017 wurde der Forward 2018 mit 32 € je MWh gehandelt.

Im Endkundengeschäft wird die Höhe der Stromrechnung in großem Maße durch Netzkosten, Umlagen und Steuern mitbestimmt, vor allem bei privaten Haushalten. Die Preise für Haushaltskunden in Deutschland lagen im vergangenen Jahr trotz der gestiegenen Großhandelspreise nur knapp über denen des Vorjahres. Im Industriesegment zeigten sich in Deutschland jedoch deutliche Strompreisanstiege um rund 7 % gegenüber dem Vorjahr.

Tourismuspolitische Rahmenbedingungen:

Die Tourismuswirtschaft ist eine der Wachstumsbranchen der deutschen Wirtschaft. Sie sichert und schafft Arbeitsplätze und sorgt für umfangreiche zusätzliche Investitionen.

Die Bruttowertschöpfung der Tourismusbranche betrug laut Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus in Deutschland“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie im Jahr 2015 über 105 Milliarden Euro - das entspricht 3,9 % der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland und ist vergleichbar mit dem Einzelhandel (3,3 %) oder dem Maschinenbau (3,5 %).

Mehr als 2,9 Millionen Erwerbstätige waren in Deutschland im Jahr 2015 direkt in der Tourismuswirtschaft beschäftigt – das sind 6,8 % der inländischen Gesamtbeschäftigung. Damit liegt der Tourismus noch vor dem Baugewerbe und dem Sektor Erziehung und Unterricht (beide 5,6 %) (Quelle: ebenda). Für die Bundesregierung zählt der Tourismus zu den Schlüsselbranchen in Deutschland.

Laut einer Untersuchung aus dem Jahr 2016 sorgt der Tourismus innerhalb der Stadt Norden für einen Bruttoumsatz von 168 Mio. Euro p.a. und sichert 4.200 Arbeitsplätze. Der touristische Einkommensbeitrag liegt bei 87 Mio. Euro p.a. und beträgt damit 16 % des Primäreinkommens. Die Stadt Norden erzielt dabei jährliche tourismusinduzierte Steuereinnahmen in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Quelle: dwif).

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland in Beherbergungsbetrieben ab 10 Betten im Berichtsjahr 2018 um 4,0 % auf den Rekordwert von 478 Millionen gestiegen. Laut Landesamt für Statistik Niedersachsen konnte das Bundesland Niedersachsen in den gewerblichen Betrieben einen Übernachtungszuwachs von 3,4 % auf 45,0 Millionen und einen Zuwachs der Ankünfte um 3,7 % auf 15,0 Millionen verzeichnen und erreicht damit einen neuen Rekord.

II. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft stellte sich im Berichtsjahr insgesamt recht erfreulich dar.

Entwicklung der Energie- und Wasserversorgung

Die Komplexität und Dynamik des Energiemarktes ist unverändert hoch. Die in Deutschland beschlossene Energiewende und die damit in Zusammenhang stehenden Klimaschutzprogramme führen zu einem tiefgreifenden Strukturwandel in der Energiebranche.

Die gestiegenen Ansprüche an Klimaschutz und Energieeffizienz, der zunehmende Wettbewerb sowie die weiterhin hinzukommenden Aufgaben im administrativen Bereich, resultierend aus der Regulierung der Energiemärkte, stellen das Unternehmen vor neue unternehmerische Anforderungen.

Die Strategie des Geschäftsbereichs Versorgung vor diesem Hintergrund für die kommenden Jahre lautet:

- Ausbau der regenerativen und effizienten Energieerzeugung
- Optimierung der Beschaffungsgrundlagen für Strom und Gas, auch in Kooperation mit befreundeten Stadtwerken in der Region im Rahmen der Kooperation Ostfriesischer Stadtwerke (KOS).
- Auf- und Ausbau von weiteren Kooperationsfeldern in der KOS, wie z.B. Materialeinkauf, Produktmanagement, Elektromobilität, etc.
- Imageverbesserung und Erhöhung der Kundenbindung vor Ort.
- Einstieg in neue Felder der Daseinsvorsorge, wie z.B. der Mobilitätsdienstleistungen

Der Geschäftsbereich Versorgung kann auf ein gutes Jahr 2018 zurückblicken. Bei einem Versorgungsumsatz von 28.786 T€ (VJ 29.873 T€) und einem Jahresergebnis der Versorgung von 1.669 T€ (VJ 1.815 T€), konnten die Sparten Gas, Strom und Wasser ein gutes Ergebnis erzielen, die Sparte Fernwärme schloss jedoch erneut strukturbedingt mit einem negativen Ergebnis ab.

Fakt ist, dass mit den gegebenen infrastrukturellen Bedingungen, insbesondere im Fernwärmenetz Norddeich, ein kostendeckender Betrieb zu vertretbaren Endkundenpreisen nicht zu generieren ist. Das Problem beschäftigt die Gesellschaft seit mehreren Jahren, gewissermaßen seit Aufnahme des Betriebes des Fernwärmenetzes und des Baus des Holzheizwerks Lehmweg im Jahre 2003.

Durch eine Umstellung der Wärmeerzeugung, insbesondere eines Kapazitätsausbaus der Kraftwärmekopplung am Ocean Wave durch Inbetriebnahme weiterer BHKWs, ist es Ziel, das Holzheizwerk Lehmweg kurzfristig vollständig außer Betrieb zu nehmen.

Der „große“ Konzessionsvertrag, behandelnd die Wegenutzungsrechte für das Gas-, Strom-, Wasser- und Fernwärmenetz, ist mit Datum zum 31.03.2017 ausgelaufen. Sowohl für das Gas- als auch für das Stromnetz hat sich die Gesellschaft bereits erfolgreich an einer Ausschreibung der Stadt Norden beteiligt, so dass bereits im Jahr 2015 neue Konzessionsverträge für den Betrieb dieser Netze abgeschlossen werden konnten.

2017 hat die Stadt Norden Verfahren für die Vergabe von Konzessionen für das Wasser- bzw. das Fernwärmenetz durch Mitteilung im Bundesanzeiger initiiert. Aufgrund der Verantwortung zur Durchführung der Daseinsvorsorge in der Stadt Norden, auch im Bereich Wärmeversorgung, hat sich die Gesellschaft trotz der strukturell defizitären Wärmesparte dazu entschieden, einen neuen Wegerechnutzungsvertrag für den Betrieb von Wärmenetzen einzugehen. Dieser konnte im Berichtsjahr geschlossen werden. Auch für den Bereich Wasser ist das städtische Vergabeverfahren im Berichtsjahr deutlich vorangeschritten, so dass Ende 2018 ein entsprechendes Angebot an die Stadt Norden abgegeben worden ist, welches durch Ratsbeschluss vom 26.02.2019 angenommen worden ist.

Damit sind alle Konzessionsverträge, die wohlgemerkt als wesentliche Grundlage zur Erfüllung des Geschäftszwecks dienen, langfristig auf neue Beine gestellt worden, so dass bis zum Ende der 2030er Jahre, diese Grundlagenverträge der Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Neben den Konzessionsverträgen mit der Stadt Norden konnte im Berichtsjahr ein neuer Wasserkonzessionsvertrag mit der Samtgemeinde Hage zur Versorgung der Flecken Hage sowie der Gem. Lütetsburg geschlossen werden.

Im Geschäftsbereich Versorgung wird das Technische Sicherheitsmanagement (TSM) weiterhin konsequent verfolgt. Eine turnusmäßige Re-Zertifizierung ist in Vorbereitung und wird im Jahr 2019 durchgeführt.

Der Erhalt des ersten Windparks Niedersachsens am Fledderweg in Norden-Norddeich ist trotz intensiver Bemühungen nicht möglich gewesen. Eine oder mehrere Windkraftanlagen ohne weitere und laufende Kosten zu erhalten, wäre ebenfalls nicht möglich. Auch im defekten Zustand wären weiterhin Gutachten, zum Beispiel über den Nachweis der Betriebssicherheit beziehungsweise der Standsicherheitsnachweis, notwendig. Diese Kosten sowie die Kosten für erforderliche Reparaturen stehen in keinem Verhältnis zum prognostizierten Ertrag. Aus unternehmerischer und wirtschaftlicher Sicht blieb nur der Rückbau des Windparks.

Entwicklung Tourismus und Bäder

Das touristische Jahr 2018 wurde u.a. erneut durch die unsichere politische Lage in außereuropäischen Urlaubsgebieten beeinflusst, es ist jedoch wieder eine Tendenz zu Reisen ins Ausland zu sehen. Nichtsdestotrotz stiegen die Gästeankünfte in Norden-Norddeich um 3,5 % auf 316.145. Die Anzahl der Übernachtungen erhöhte sich um 2,4 % auf 1.925.281. Damit ist im Gegensatz zum Vorjahr wieder eine sinkende durchschnittliche Aufenthaltsdauer festzustellen.

Infolge der gestiegenen Übernachtungszahlen steigerten sich im Vorjahresvergleich auch die Erlöse aus Kurabgaben um 147 T€ bzw. 4,6 % auf 3.324 T€.

Im Erlebnisbad „Ocean Wave“ wurden incl. Sauna und Solarium im Jahr 2018 192.679 Besucher gezählt. Dies sind 6.499 Besucher weniger als im Vorjahr. Ursache für den Besucherrückgang dürfte das gute Wetter gewesen sein. Das Bad erzielte einen Gesamtumsatz von 1.515 T€ (Vorjahr 1.593 T€).

Insgesamt verschlechterte sich das Ergebnis des Geschäftsbereichs Bäder im Vorjahresvergleich um 337 T€ auf -2.113 T€, das Ergebnis des Geschäftsbereichs Tourismus verbesserte sich stark um 1.038 T€ auf 2.095 T€. Die Sparte Tourismus und Bäder erreichte somit insgesamt ein Ergebnis von - 18 T€.

III. Ertrags-, Vermögens-, und Finanzlage

1. Ertragslage

Für das Geschäftsjahr 2018 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.570 T€ ausgewiesen (VJ Jahresüberschuss 1.050 T€). Damit weicht das Jahresergebnis positiv um 1.077 T€ von dem geplanten Ergebnis ab (geplanter Jahresüberschuss 493 T€).

Das gute Ergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus den auskömmlichen Margen im Energievertrieb, insbesondere im Bereich Gas. Hinzuweisen ist auf die erneute positive Planabweichung in der Sparte Tourismus und Bäder: Mit einem Jahresergebnis von -18 T€ schließt die Sparte um 1.148 T€ oder 98,50 % besser als geplant ab.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2018 35.612 T€ (VJ 36.332 T€) und liegen damit 2,0 % unter dem Wert des Vorjahres.

Die Absatzzahlen haben sich wie folgt entwickelt:

	2018	2017
Strom	49.810 MWh	51.625 MWh
Gas	233.142 MWh	238.655 MWh
Wärme	36.023 MWh	34.875 MWh
Wasser	1.284 Tm ³	1.247 Tm ³

Neben dem geringen Verlust von Kunden im Rahmen der Wettbewerbsintensivierung lassen sich die Absatzrückgänge im Bereich Gas und Wärme insbesondere dadurch erklären, dass die Durchschnittstemperatur in Norden im Jahr 2018 deutlich oberhalb des planungsrelevanten 5-Jahresmittel der Jahre 2012 bis 2017 lag. Wärmer als üblich fielen insbesondere die Monate des Herbstes und des Sommers aus.

Die Segmentabschlüsse für das Stromnetz und das Gasnetz zeigen ein homogenes Bild. So stieg das Ergebnis des Segments Stromverteilung auf 325 T€ (VJ 187 T€); im Segment Gasverteilung sank das Ergebnis auf -195 T€ (VJ 394 T€). Das negative Ergebnis im Segment Gasverteilung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der im Berichtsjahr vorgenommenen Mehr- und Mindermengenabrechnung für Vorjahre, die systembedingt erst in 2018 erfolgen konnten. Da diese Abrechnungen aufgrund der hohen Kundenquote größtenteils mit dem eigenen Vertrieb erfolgten, ergibt sich dort ein positiver Einmaleffekt.

In der Sparte Tourismus und Bäder entwickelten sich die einzelnen Bereiche unterschiedlich. Im Marketing verringerte sich der Überschuss leicht auf 656 T€ (VJ 657 T€), im Bereich Tourist-Info und Services verringerte sich der Verlust deutlich auf 618 T€ (VJ 708 T€). Auch der Bereich Strand- und Kuranlagen konnte sein Vorjahresergebnis mit einem Defizit von 503 T€ (VJ 587 T€) deutlich verbessern.

Die Personalaufwendungen betragen 7.135 T€ (VJ 6.829 T€). Die Erhöhung in Höhe von 306 T€ (4,5 %) erklärt sich zum einen durch die tariflichen Personalkostensteigerungen im Geschäftsjahr (3,19 %) sowie der im Geschäftsjahr eingeführten Gewinnbeteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesellschaft durch die Gesellschafterversammlung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 607 T€ auf 4.738 T€ gestiegen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten sind die an die Stadt Norden (1.116 T€) und an die Samtgemeinde Hage (61 T€) abzuführenden Konzessionsabgaben (insgesamt 1.177 T€, VJ insgesamt 1.115 T€).

2. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt 47.415 T€ (VJ 47.764 T€). Das Anlagevermögen hat weiterhin einen Anteil von 74,6 % (VJ 74,6 %) an der Bilanzsumme.

Im Berichtsjahr wurde auf Hinweis der Kommunalaufsicht eine Vereinbarung mit der Stadt Norden getroffen, die vorsieht, die im Jahre 2014/2015 im Rahmen der gesellschaftlichen Schieflage gewährte Kapitalstärkung in Höhe von 1.349 T€ aus Haushaltsmitteln, zurückzuführen. Hierbei wurde eine moderate Ratenzahlung vereinbart, die Teilzahlungen in den Jahren 2018 - 2020 in Höhe von jeweils 400 T€, sowie im Jahre 2021 in Höhe von 149 T€ vorsieht.

Aufgrund des Jahresüberschusses, unter Abzug der vorab erwähnten im Berichtsjahr erfolgten Teilrückzahlung aus der Kapitalrücklage, erhöht sich das Eigenkapital in Summe noch um 1.170 T€ auf nunmehr 16.905 T€ (VJ 15.735 T€). Dadurch ergibt sich eine deutlich erholte Eigenkapitalquote von 35,7 % (VJ 32,9 %) gegenüber dem Wert der noch im Jahresabschluss 2014 zu verzeichnen war (20,8 %).

Die Sonderposten für empfangene Ertragszuschüsse haben sich planmäßig um 108 T€ vermindert.

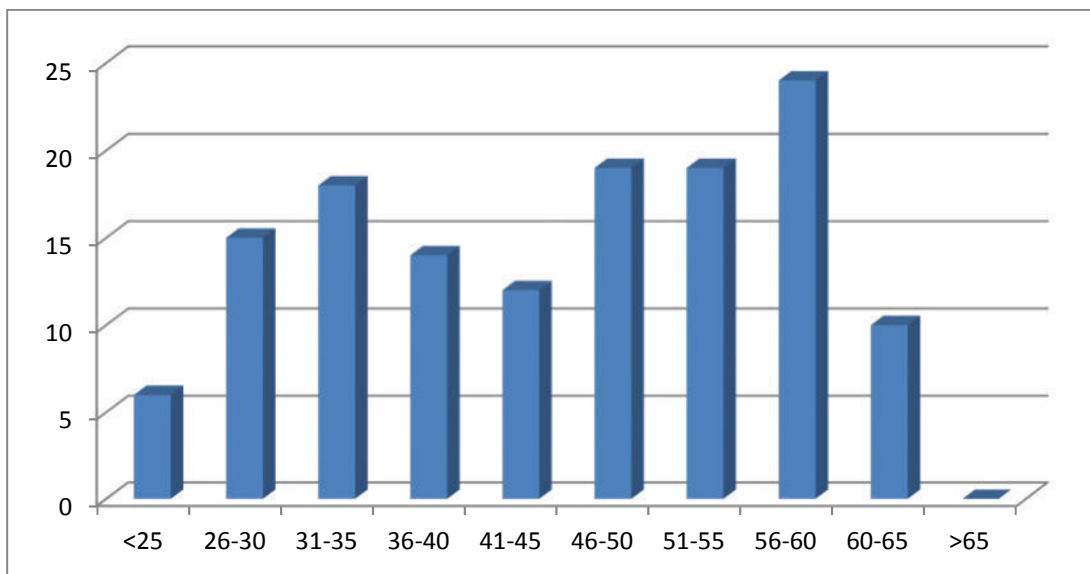
3. Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit betrug 5.003 T€ (VJ 5.830 T€). Es wurden finanzielle Mittel für Investitionstätigkeiten (3.271 T€) sowie zur Tilgung von Darlehen (1.653 T€) eingesetzt. Damit haben sich die liquiden Mittel zum Jahresende um 291 T€ auf 7.194 T€ verringert. Zu hohen Liquiditätsabflüssen kam es nach dem Jahresende aufgrund der ergangenen Steuerbescheide für Nachzahlungen aus den Vorjahren.

4. Personal

Zum Bilanzstichtag wurden wie im Vorjahr bei den WBN weiterhin 137 Mitarbeiter beschäftigt. Im Geschäftsbereich Versorgung 80 (Vorjahr: 79) und im Geschäftsbereich Tourismus und Bäder 57 (58). Das Durchschnittsalter beträgt insgesamt 44,47 (43,71) Jahre. Im Bereich Versorgung ist der Schnitt etwas höher, dieser liegt momentan bei 44,97 (44,51) Jahren, während im Bereich TI & Bäder der Schnitt bei 43,45 (42,91) Jahren liegt. 25 (20) % der Mitarbeiter sind über 55 Jahre alt, insgesamt 7 (3) % über 60. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild.

Gruppe	<25	26-30	31-35	36-40	41-45	46-50	51-55	56-60	60-65	>65
Anzahl	6	15	18	14	12	19	19	24	10	0
%	4%	11%	13%	10%	9%	14%	14%	18%	7%	0%



Insbesondere aufgrund des steigenden Anteils der Mitarbeiter, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand eintreten werden, sieht die Geschäftsführung es weiterhin als zwingend notwendig an, für die Zukunft Vorsorge zu treffen. Es wird ein Personalentwicklungskonzept aufzustellen sein, das rechtzeitig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ggf. auch aus Neueinstellungen, insbesondere auch an Führungsaufgaben, heranführt. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, hat sich die Geschäftsführung dazu entschlossen, sich auch im Bereich der Personalabteilung personell neu aufzustellen,

5. Gesamtaussage

Das Geschäftsjahr 2018 der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH verlief erfreulich. Die Erwartungen aus dem Wirtschaftsplan 2018 konnten deutlich, nahezu um den Faktor 3, übertroffen werden.

C. Chancen und Risikobericht

Risiken:

Im Rahmen des unternehmensinternen Risikomanagementsystems werden die Risiken systematisch identifiziert und analysiert sowie hinsichtlich der potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet.

Die bestehenden Risiken haben unterschiedliche Ursachen. Als wesentlich für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft sehen wir folgende, mit absteigender Gewichtung aufgeführte Risiken.

Marktrisiken

Die WBN ist im Zuge der Geschäftstätigkeit, wie andere Energieversorger auch, den Risiken der Energiemärkte ausgesetzt. In der Energiebeschaffung werden die bezugsseitigen Risiken durch Vollversorgungsverträge mit Vorlieferanten minimiert.

Eine mögliche weitere Verschärfung des Wettbewerbs kann zu einer Beeinträchtigung der Ertragslage führen.

Ausfallrisiken

Die Gefahr, dass Kunden ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht fristgerecht nachkommen und dadurch beim liefernden Unternehmen finanzielle Verluste verursacht werden, ist latent vorhanden. Im Bereich von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden im Geschäftsjahr 2018 Forderungen in Höhe von 44 T€ (Vorjahr 102 T€) abgeschrieben. Mit einer Vielzahl von Kunden mussten Ratenzahlungsvereinbarungen vereinbart werden. Die Zusammenarbeit mit einem Inkassounternehmen sowie hiesigen Anwälten hat sich bewährt. Das Ausfallrisiko von Kundenforderungen wird dennoch grundsätzlich bestehen bleiben; belastbare Aussagen über deren genaue Höhe und konkreten Zeitpunkt können nicht gemacht werden. Dem generellen Ausfallrisiko wird zusätzlich über die Erfassung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung getragen.

Preisänderungsrisiken

Für Teilnehmer am Großhandelsmarkt können, aufgrund von schwankenden Preisen, Preisänderungsrisiken auftreten. Diese Preisschwankungen können zusätzlich abhängig vom Annahmeverhalten zu Gewinnen und Verlusten führen. Weiterhin besteht die Gefahr des Kundenwechsels bei zuvor für diesen Kunden getätigter Beschaffung. Die WBN hat in der Beschaffung sogenannte Vollversorgungsverträge ohne Take-or-Pay-Klauseln abgeschlossen. Dadurch sind die diesbezüglichen Risiken nahezu ausgeschlossen. Es werden nur die abgesetzten Mengen abgerechnet. Risiken bezüglich einer negativen Auswirkung auf das Ergebnis bestehen im Bereich der Privat- und Kleingewerbekunden. Hier kann mit einer Preisanpassung gegengesteuert werden. Im RLM-Bereich werden die Energiemengen direkt für die Kunden mit Abschluss des Energieliefervertrages gekauft, wodurch keine Risiken auftreten.

Betriebsrisiken

In den Unternehmensbereichen werden Anlagen mit einem hohen Grad an technischer Komplexität und Vernetzung eingesetzt. Ein Ausfall von Komponenten kann die Leistungsfähigkeit und damit die Ertragskraft des Unternehmens beeinträchtigen. Diesen Risiken wird durch geprüfte Verfahren aus Wartung und Qualitätssicherung sowie durch die Schulung und Auswahl von qualifiziertem Personal begegnet.

Zum Schutz der sogenannten kritischen Infrastruktur, Versorgungseinrichtungen und zugehöriger IT-Systeme der Energieversorgung wurden im Geschäftsjahr 2018 weitere Vorgaben aus dem Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS) umgesetzt. Das Wiederholungsaudit zur Zertifizierung wurde erfolgreich durchlaufen.

Tourismus und Bäder

Im Bereich „Tourismus und Bäder“ bestehen weiterhin mittlere Risiken durch einen möglichen Rückgang der Besucher- und Übernachtungszahlen infolge externer Einflüsse (z.B. Erreichbarkeit, Ferienordnung, touristische Konkurrenz im In- und Ausland, Umweltkatastrophen, Wetter) sowie bei Änderungen der steuerlichen Regelungen und der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Liquiditätsrisiken

Risiken, dass das Unternehmen möglicherweise nicht in der Lage ist, ausreichen Finanzmittel zu beschaffen, die zur Begleichung von eingegangenen Verpflichtungen notwendig sind, bestehen derzeit nicht. Für kurzfristige Liquiditätsengpässe sind entsprechende Kontokorrentlinien eingeräumt.

Umfeldrisiken

Das politische, rechtliche und gesellschaftliche Umfeld der Gesellschaft unterliegt einem beständigen Wandel. So bergen weltweite Krisensituationen mögliche Risiken in sich. Weiterhin können aufwendige Umsetzungen von Änderungen der Energiewende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen.

Zusammenfassend lassen sich bestandgefährdende Risiken derzeit nicht erkennen.

Chancen:

Im Privatkundensegment wird bei aktuell steigenden Beschaffungspreisen und unter der Annahme von tagesaktueller Beschaffung durch Wettbewerber von einer preislichen Entspannung auf der Vertriebsseite ausgegangen.

Im Finanzergebnis macht sich das bei bisher weiter fallendem Zinsniveau positiv bemerkbar. Durch den Auslauf von Festzinsvereinbarungen in Bestandsdarlehen in den kommenden Geschäftsjahren werden die Zinsaufwenden weiterhin sinken. Auch die zu erwartenden Darlehensaufnahmen für Investitionen werden, unter Berücksichtigung der den Darlehensübernahmen gegenüberstehenden jährlichen Tilgungsleistungen in den Bestandsdarlehen, an diesem mittelfristigen Trend nichts ändern.

Durch weitere Optimierungen des Forderungsmanagements sollen Forderungen besser verfolgt und damit Forderungsausfälle möglichst weiter vermieden bzw. noch reduziert werden.

D. Ausblick und Prognosebericht

Der wirtschaftlich negative Trend der beiden Jahre 2013 und 2014 konnte bereits in den Vorjahren gestoppt werden. Die Gesellschaft hat auch im Jahr 2018 positive Erträge erwirtschaftet.

Für die Gesellschaft ist es wichtig, die Prozessabläufe unter Kostengesichtspunkten effizient zu gestalten. Dieses gilt insbesondere für die Standardprozesse im Versorgungsbereich. Um die Prozesse zu erfassen, zu optimieren sowie in der Aufbauorganisation mit ihren Verantwortlichkeiten zu verorten, wurde in Zusammenarbeit mit der Firma Unternehmensberatung Projekt:M das Programm „Orga-Man“ entwickelt, das es uns ermöglicht, die Prozesse zu erfassen und anhand von vorgegebenen Zeitabständen zu evaluieren. Hier wird es Aufgabe sein, eine nahezu vollständige Erfassung der Prozesse in den folgenden Jahren zu erreichen.

Die Gesellschaft geht in ihrer Wirtschaftsplanung von einem positiven Jahresergebnis von ca. 321 T€ in 2019 und ebenfalls einem positivem Ergebnis in 2020 aus. Hierbei tragen die Sparten

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH, Norden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018,
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschluss-

prüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist und, ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 2 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Strom-Netzbetrieb, Strom-Messstellenbetrieb und Gas-Netzbetrieb - bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 einschließlich der Angaben zu den Regeln, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die Aufwendungen und Erträge den gemäß § 6b Abs. 3 Satz 1 bis 4 EnWG geführten Konten zugeordnet worden sind - geprüft.

Nach unserer Beurteilung

- wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 in allen wesentlichen Belangen erfüllt und
- entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtungen der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG" sowie im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile hierzu zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Delmenhorst, den 5. Juli 2019



KOMMUNA - TREUHAND
GMBH WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Dipl.-Kfm. Uwe Rellensmann
Wirtschaftsprüfer



Dipl.-Bw. Lothar Jeschke
Wirtschaftsprüfer